In dürftiger Zeit

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **104 (2010)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Free Gaza» und ein Vorschlag zur Güte

Jede Friedensinitiative hat das Recht, dass sie sich nicht nur an ihrer Wirkung messen lassen muss. Allein der Wunsch nach Frieden hat bereits einen Wert an sich. Misst man allerdings die zahllosen Friedensinitiativen, die von überallher den Israel/Palästina-Konflikt lösen wollen, allein am guten Willen, so lassen sich markante Unterschiede feststellen. Die Initiative «Kairos Palästina» (vgl. in diesem Heft S. 204) beispielsweise und die Schiffsaktion «Free Gaza», die Anfang Juni von der Türkei aus die Seeblockade vor Gaza sprengen wollte und dabei blutig von der israelischen Armee gestoppt wurde, haben vielleicht nicht mal den Wunsch gemeinsam, die Lebensbedingungen der PalästinenserInnen zu verbessern. Während die einen immerhin den Aufruf zum Frieden mit der Forderung eines säkularen Staates auf beiden Seiten verbinden, setzten die «Free Gaza» AktivistInnen auf das Mittel der einseitigen Provokation und haben bewusst mit möglichen Todesopfern gerechnet, um Israel maximal bloss stellen zu können.

Es ist die Tragik der jüngeren israelischen Geschichte, dass Israel auf solche Angriffe mit verlässlich falschem Augenmass reagiert. Aber hat es nicht, wie der ungeliebte Junge in der Schule, in unzähligen Fällen lernen müssen, dass der einzig legitime Wunsch des Mobbingopfers, nämlich endlich in Ruhe gelassen zu werden, nur mit Gewalt oder Selbstaufgabe zu erreichen ist? Das Opfer, das sich wehrt, wird so unangenehm, wie es seine Feinde haben wollen. Und was man aus der Schule weiss, gilt auch in der Politik: Gegen MobberInnen hilft in einem ersten Schritt nur Druck, Autorität, Gewalt. Und nachher das Angebot, die Feindschaft ohne Gesichtsverlust, das heisst gegen Ersatz fallen zu lassen. Fatal ist, wenn das Opfer das selber besorgen muss. Vielmehr muss dieser Druck von Dritten kommen. Doch mit der neuen Nahost-Politik Barack Obamas sieht es fast so aus, als würden die USA diese Rolle nicht mehr spielen wollen. Die Mobber sind nicht die Palästinenser. Diese sind vielmehr die künstlich kurz gehaltenen Faustpfänder und Handlanger. Die Botschaft der arabischen Mobbing-Mächte an die PalästinenserInnen ist klar: Ihr seid nur insofern geliebt, wie ihr die Israelis piesackt. Deshalb keine Regularisierung der palästinensischen Flüchtlinge seit sechzig Jahren, deshalb keine alternativen Lösungen der Landfrage, deshalb mehr Waffen als Infrastruktur, deshalb Hizbollah und Hamas statt jordanische oder ägyptische Pässe.

Warum eigentlich wird in fast allen Friedensinitiativen immer über eine Lösung auf diesem übervölkerten Landstreifen nachgedacht und nicht über die Möglichkeit, die Westbank an Jordanien und Gaza an Ägypten anzuschliessen? Dies wäre auch historisch nicht weniger gut zu begründen als anderes. Der Journalist Tilman Tarach, der diese Idee unlängst wieder einmal in die Diskussion gebracht hat, schreibt dazu: «Jordanien war ursprünglich wie Restpalästina Teil der vom britischen Empire beherrschten palästinensischen Region, auf deren Fläche für einen jüdischen und einen arabischen Staat reichlich Platz gewesen wäre; es umfasst 78 Prozent dieses Gebiets. Restpalästina dagegen, das heute aus Israel plus Westjordanland plus Gaza-Streifen besteht, verträgt kaum zwei souveräne Staaten.» Auch die Gründe, die dagegen sprechen, nennt Tarach beim Namen: «30 Prozent der Palästinenser im Westjordanland befürworten laut Umfragen eine derartige Lösung, die ja in gewisser Weise sogar panarabischen Charakter hätte. Doch bekämpft wird sie von der jordanischen Haschemiten-Dynastie, die um ihren Thron fürchtet. Auch alle bekannteren palästinensischen Gruppen verteufeln einen solchen Plan: Die Schaffung eines zweiten palästinensischen Staates neben Jordanien war für sie stets nur ein Vorwand, der ihre antiisraelische Politik kaschieren sollte, und die Anerkennung des um die Westbank vergrösserten Jordanien als Staat der Palästinenser würde ihnen diesen Vorwand nehmen.»

Keine unplausible Behauptung, wenn man in Betracht zieht, dass der Gazastreifen und die Westbank von Ägypten bzw. Jordanien bis 1967 besetzt waren und die Palästinenser sich dagegen nie gewehrt hatten. (Der vollständige Text «Vorschlag zur Güte» ist abrufbar auf www.lizaswelt.net)

Rolf Bossart